

Posener Zeitung.

Einundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 404

Donnerstag, 12. Juni.

1884

Amtliches.

Berlin, 11. Juni. Den Oberlehrern Synnisch und Am am
Gymnasium zu Queblinburg ist das Prädikat Professor beigelegt
worden.

Der bei der königlichen Regierung in Merseburg angestellte Bau-
Inspektor Dollenmaier ist als Kreis-Bauinspektor nach St. Oslau
versetzt.

Deutscher Reichstag.

30. Sitzung.

Berlin, 11. Juni. Am Tische des Bundesraths: v. Böttcher.
Präsident von Levetzow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr
25 Minuten.

Eingegangen ist eine Vorlage, betreffend die Einziehung von
Reichsstaatssteuern.

Ohne Diskussion wird über die Petition des Dr. Hoffmann, betr.
Pensionsgewährung, dem Antrage der Kommission gemäß zur Tages-
ordnung übergegangen.

Nächster Gegenstand der Beratung ist der vom Abgeordneten Dr.
Windthorst eingebrachte Antrag, betr. die Aufhebung des
Gesetzes über die Verhinderung der unbefugten
Ausübung von Kirchenämtern vom 4. Mai 1874.

Abg. Dr. Windthorst: Das Gesetz vom 4. Mai 1874 ist
seinem Inhalte nach dem hohen Hause bekannt. Ich möchte heute
nicht irgend welche Schärpen in die Diskussion bringen und kann mich
darauf berufen, daß bereits einmal der Reichstag mit überwiegender
Majorität die Aufhebung des Gesetzes votirt hat. Damals hat der
Bundesrath die Ausführung Ihres Beschlusses verweigert. Ich lege Ihnen
heute auf's Neue meinen Antrag vor und bitte um dessen Annahme.
Ich beschränke mich jetzt auf diese kurze Empfehlung und hoffe,
daß ich auch im Schlusssatz nicht nöthig haben werde, noch eingehen-
der meinen Antrag zu begründen.

Abg. Gobrecht: Ich will ebenso kurz wie der Vorredner
meine Gründe gegen diesen Antrag vorführen. Ganzelte es sich um
das Verlangen nach Aenderung des Gesetzes, so könnte ich ent-
gegenkommender sein, denn das Gesetz enthält harte Bestimmungen
über Expatrirtungen. Andererseits aber enthält das Gesetz auch
Bestimmungen, die ich noch heute als gut anerkennen muß. (Hört,
hört! im Centrum.) Gegenüber Uebertretungen von Geistlichen
halte ich dieses Gesetz für das humanste für die Geistlichen wie für
die Gemeinden. (Ob! im Centrum.) Aber ein Antrag auf Aende-
rung des Gesetzes ist nicht gestellt, der Antrag will die Aufhebung
dieses, d. h. einen willkürlichen Eingriff in die Kirchenpolitik. Wir
wollen gern an einer Revision der kirchenpolitischen Gesetze mit-
arbeiten, einer einfachen Aufhebung aber müssen wir durchaus wider-
stehen. Ich erkenne an, daß, nachdem die Regierung einmal den Weg
der Mäßigkeitsgebung verlassen hat, eine organische Revision eintreten
muß. Bei der Schwierigkeit der Materie müssen wir aber schon
im Hinblick auf die Verhältnisse in Preußen die Regierung über-
lassen. Wenn wir heute gegen den Antrag stimmen, so geschieht dies
in der Ueberzeugung, daß ein solches Entgegenkommen seitens der
ratholischen Kirche kaum auf gleiches Entgegenkommen rechnen dürfte.
(Beifall links.)

Abg. v. Minnigerode: Meine politischen Freunde sind von jeher
der Meinung gewesen, daß dieses Gesetz nur ein Kampfgesetz auf
beschränkte Dauer sein sollte. Nur in Bezug auf die Taktik und wie
weit man gehen dürfe, herrsche noch eine verschiedene Auffassung. Jetzt
aber, nachdem durch die kirchenpolitische Novelle eine Aenderung der
Verhältnisse geschaffen ist und die Zahl der Fälle, für welche das Ge-
setz noch Anwendung finden könne, sehr gering geworden ist, hat die
große Majorität der Partei die Ansicht gewonnen, daß eine Aufhebung
des Gesetzes vom Mai 1874 nichts mehr im Wege steht. (Beifall
rechts und im Centrum.)

Abg. Frhr. Langewitz v. Simmern bezeichnet dieses Gesetz
als noch drückender und härter denn das Sozialistengesetz; die liberalen
Parteien müßten den Antrag im Interesse der Freiheit annehmen,
sie würden, wenn die Katholiken erst ihrer Fesseln entbunden, an dem
Centrum dann auch einen Willkürkampf im liberalen Sinne gewinnen.

Abg. Dr. v. Jazdzewski spricht sich Namens der polnischen
Fraktion mit besonderer Hervorhebung der Verhältnisse in Posen-
Gnesen für den Antrag Windthorst aus.

Minister v. Böttcher befragt auf eine Anfrage des Vor-
redners, daß einige abgesetzte Geistliche in Posen-Gnesen auf Ver-
anlassung der preussischen Regierung von dem Bischofe von Kulm
wieder in ihr Amt eingesetzt worden sind. Die Entscheidungen gehen
nur sehr langsam vorwärts, da jedesmal genau die Art und Ursache der
Verurtheilung der betreffenden Geistlichen untersucht werden muß.

Abg. Richter (Hagen): Namens meiner Partei lann ich die
Erklärung abgeben, daß wir für den Antrag stimmen werden. Die
Verhältnisse seit der letzten Beratung dieses Antrages haben sich
sehr geändert; zwischen damals und heute liegen zwei kirchenpolitische
Novellen in Preußen. Es sind Bischöfe wieder eingesetzt, ohne daß sie
die Verpflichtung erhalten haben, die Mäßigkeitsregeln zu befolgen, es sind
die Sperrvorschriften aufgehoben worden — da hat dann jetzt ein
solches Gesetz noch weniger rechtliche Bedeutung als früher. Das
Gesetz ist in vieler Beziehung schlimmer als das Sozialistengesetz.
Ich muß sagen, die heutige Erklärung des Abg. Gobrecht hat mich
sehr überrascht — dieses Gesetz als ein humanes zu bezeichnen, ist
erst den Nationalliberalen von 1884 eingefallen. (Lebhafter Beifall
links und rechts; Ob! bei den Nationalliberalen.) Das ist selbst
einem Konservativen noch nicht eingefallen. (Große Heiterkeit.) Herr
Gobrecht meint, es ist human, die Geistlichen, die abgesetzt sind, zu
expatriiren. Dann wäre es auch human, Leute, die ein politisches
Amt verlassen haben, zu expatriiren, um ihnen die Unannehmlichkeit
der Verührung mit früheren Ministerkollegen zu entziehen (schallende
Heiterkeit), wenigstens sie von Berlin auszuschießen. Die National-
liberalen wollen eine organische Revision, wie, das sagen sie nicht,
ebenso wenig wie sie sagen, was sie von der Börsensteuer denken, sie
sagen es nicht einmal ihrem Freunde, dem Reichskanzler (Heiterkeit).
Der Herr Minister v. Böttcher sprach nur zu einer ganz unwesentlichen
Frage; uns gegenüber ist der Bundesrath weit geprügelter als gegen
das Centrum. Wir haben ein Programm gemacht, es lag uns gar
nicht an der Meinung des Bundesrathes darüber, trotzdem hat der
Bundesrath in seinen langen Ausführungen sich darüber geäußert
(Heiterkeit). Der Bundesrath hat eben gar keinen Grund, dem An-

trage zu widersprechen, außer den der Handelspolitik (Heiterkeit) und
die wollen wir nicht unterstützen! (Lebhafter Beifall bei den Deutsch-
Freisinnigen und im Centrum.)

Abg. Dr. Gobrecht: Wenn die Freisinnigen sich auf solche
Verlehrungen beschränken, werden sie Nichts erreichen. Ich habe das
Gesetz nicht als ein humanes bezeichnet (Widerspruch). Rem! Ich
habe gesagt, es enthält weise und humane Bestimmungen (Ab! rechts)
aber nicht, daß das ganze Gesetz human sei. Auf dieser falschen Vor-
aussetzung beruhen die Ausführungen des Vorredners. — Ich halte
weder hier noch im preussischen Landtage es für geeignet, Initiativ-
anträge in der kirchenpolitischen Frage zu stellen. Wir haben es hier
mit einem Gebiete zu thun, auf dem es praktisch unendlich mehr an-
kommt, als auf die theoretische Regelung. Ich habe mir auch ein Bild
gemacht, wie die Frage zu lösen sei, aber ich wiederhole, die Initiative
muß der Regierung verbleiben.

Abg. Schröder (Sippstadt): Es ist oft gesagt worden, daß die
Nationalliberalen vom Kulturlampfe leben. Das beweist wieder die
Rede des Abg. Gobrecht; sie begnügen sich jetzt freilich mit dem Torso
des Kulturlampfes, mit diesem überlebenden Fettsch. Was thut man
einem solchen überlebenden Dinge gegenüber? Man hält sich einfach
die Nase zu. Ich hoffe es noch zu erleben, daß vielleicht schon bei den
nächsten Wahlen dieser ungeheure Irrthum begraben wird, der sich
stolz Nationalliberalismus nennt, der dem deutschen Volke so sehr ge-
schadet hat. Ich werde an seinem Grabe weinen. (Heiterkeit.) Fürst
Bismarck aber ist ein so großer Diplomat, daß er auch die kirchen-
politische Frage diplomatisch behandeln will. Hier handelt es sich aber
nicht um Diplomatie, sondern um Herz und Gemüth! Stimmen Sie
mit großer Majorität für den Antrag, damit der Bundesrath nicht
wieder unseren Antrag ablehnt. (Beifall im Centrum.)

Abg. Richter (Hagen) verliest aus dem stenographischen Bericht
die Aeußerung des Abg. Gobrecht, daß diese Gesetz ein weises und
humanes sei. — Herr Gobrecht glaubt, daß ich ihn persönlich angreife —
ich halte ihn nur gefährlich für die Partei, der er angehört, für das
Ministerium, deren Finanzminister er ist.

Der Präsident ersucht den Redner, nicht Persönliches und
Fernliegendes in die Debatte zu ziehen.

Abg. Richter (Hagen): Ich wünschte, daß der Herr Reichs-
kanzler diesen Wunsch des Herrn Präsidenten berücksichtige. (Große
Heiterkeit.) Ich bin von Herrn Gobrecht provoziert worden, er war es,
der auf dem Berliner Parteitage der Freisinnigen Partei persönliche
Opposition vorwarf. Ich werde jede Gelegenheit wahrnehmen, ihm
darauf zu antworten und hier ist der Ort, ihn dafür zur verantwor-
tung zu ziehen.

Abg. Dr. Windthorst: Noch niemals hat mich etwas hier im
Hause so schmerzlich berührt, wie die Rede des Abg. Gobrecht (Ge-
lächter bei den Nationalliberalen), ich wünschte, diese Rede würde
überall mit seinen Leitern gedruckt. Ich kenne die Ansicht des Fürsten
Bismarck in dieser Frage ziemlich gut und kann Ihnen sagen, wenn
er diese Rede Gobrecht's lesen wird, wird er ausrufen: „Gott behüte
mich vor meinen Freunden!“ Die Redensarten, das man bereit sei sie
zu revidiren, und der Umstand, daß man stets gegen jede Aenderung
opponirt, das sind Dinge, die kein Mensch vereinigen kann und es ist
eigentlich gut, daß diese Aussprache hier so kurz vor den Wahlen
kommt. Wie die Freikonservativen über meinen Antrag denken, weiß
ich nicht, wir werden es ja sehen und es wäre bebaulich, wenn sie
noch jetzt mit den Nationalliberalen gehen. — Die Regierung hat
leider nicht dahin sich ausgesprochen, daß sie das Gesetz aufheben will,
wie ich es erhofft hatte. Trotzdem glaube ich, daß der Bundesrath
unserem Antrag Folge geben wird.

Die Diskussion wird geschlossen.

In der zweiten Beratung erhält das Wort

Abg. Dr. Reichenperger (Gresfeld): Mit Herrn Gobrecht
habe ich mich oft genug beschäftigt — ich überlasse ihn heute seiner
Selbstbetrachtung. (Heiterkeit.) Ich hoffe, der Reichstag wird heute
diesen dunklen Punkt des Kulturlampfes aus der Welt schaffen und
der Bundesrath unserem Antrage nicht länger widerstreben. Möge
Gott den Bundesrath erleuchten, daß er leichter den rechten Weg finde.
(Beifall im Centrum und Heiterkeit.)

Hierauf wird § 1 des Antrages Windthorst (Aufhebung des Ge-
setzes) in namentlicher Abstimmung mit 217 gegen 40 Stimmen ange-
nommen. (Dagegen stimmen die Nationalliberalen, von den Deutsch-
konservativen v. Gölher, v. Puttkamer, v. Schöning, von der sehr
schwach vertretenen Reichspartei Prinz Carolath, Frhr. von Unruh-
Bomst, Vogel, Graf v. Behr-Wehrdenhoff.)

§ 2 des Antrages lautet: Die auf Grund dieses Gesetzes ergan-
genen Verfügungen von Landespolizeibehörden verlieren ihre Gültigkeit.

Abg. Dr. Braun: Wenn die Verhältnisse heute so lägen, wie
damals, als das Gesetz eingebracht wurde, ich würde heute ebenso da-
für stimmen, wie damals. So lange die preussische Regierung nicht
erklärt, sie könne auf das Gesetz verzichten, so lange werden wir auch
hier im Reichstage gegen die Aufhebung stimmen. — Ich will kurz
auf die Angriffe erwidern, die gegen uns erhoben werden. Wir werben
nicht um die Stimmen des Centrums. (Der Präsident macht den
Redner darauf aufmerksam, daß es sich jetzt um § 2 handle.) Ich
will dann nur bemerken, daß es unsere Sache ist, ob unsere Führer
hier im Hause sind oder nicht. Wir stehen auf unserem alten Pro-
gramm — Redner verliest einen Passus daraus — und werden bei
demselben verharren.

Abg. Dr. Windthorst: Wir haben bei der Grundsteinlegung
des neuen Reichstagsgebäudes die Worte gehört, wir sollen einträchtiglich
wie Brüder bei einander wohnen — glaubt die nationalliberale Partei,
daß das ermöglicht wird durch Aufrechterhaltung des Ausnahmezu-
standes, den das Gesetz vom Mai 1874 ins Leben gerufen hat. Aus
den Aeußerungen des Herrn Riquel in Neustadt war zu konstatiren,
daß er den Kulturlampf nicht will. Man kann doch nicht annehmen,
daß jene Worte in Neustadt nur gesprochen worden mit Rücksicht auf
die dort anwesenden Katholiken. Jedenfalls will ich die Bewohner
der Pfalz auf diese heutige Erklärung des Nationalliberalismus auf-
merksam machen, oder vielmehr des Nationalismus, denn die Bezeich-
nung Liberalismus soll jetzt auch im Namen der Partei gestrichen wer-
den. Interessant ist die Erklärung des Vorredners, er wolle warten,
bis die preussische Regierung sich mit der Aufhebung des Gesetzes ein-
verstanden erklärt, er will also nur thun, was die Regierung will.
(Heiterkeit.) Dazu sind wir doch aber nicht hier. — Der § 2 ist nur die
einfache Konsequenz des § 1, aber nach den Erfahrungen, die ich in
Preußen gemacht, scheint es doch gut, diese Bestimmung zu treffen,
damit keine Verzögerung eintritt. (Beifall.)

Abg. Richter (Hagen): Die Aeußerungen gegen die national-

liberale Partei ist nur provoziert worden durch die Polemik auf dem
national-liberalen Parteitage und durch das Urtheil über die huma-
nität dieses Gesetzes. Wir wollen ebensowenig wie die National-
liberalen die unveräußerlichen Rechte des Staates preisgeben, aber
wir haben stets die gleichen Meinungen über diese Rechte und ändern
sie nicht nach dem Willen des Reichskanzlers. Die Willfährigkeit der
National-Liberalen und ihr Heidelberger Programm ist Schuld, daß
uns jetzt eine ganze Reihe neuer Steuerprojekte bevorstehen.

Abg. Dr. Blum: Wir sind die Ursache der Steuerprojekte; eine
Verkehrssteuer haben wir nicht gewillt und können ihr auch nicht
zustimmen. Wenn Abg. Dr. Windthorst uns vorwirft, wir holen uns
Instruktionen außerhalb des Hauses — und Abg. Dr. Windthorst,
holt er sich seine Instruktionen nicht gar außerhalb Deutschlands?

Abg. Richter (Hagen): Das ist es eben, was wir den National-
liberalen vormerken; sie sprechen immer von Börsensteuern, ohne zu
wissen, was damit gemeint ist.

Abg. Dr. Windthorst: Ich finde es ganz richtig, daß man
sich Rath's erholt, wenn man sich selbst keinen zu geben weiß. (Heiter-
keit.) Aber überrascht hat es mich, daß man die Herren Vennigern
und Riquel jetzt schon mit der Stelle in Rom vergleicht, von der
man glaubt, daß ich mir Rath's erholen könnte. (Stürmische Heiterkeit.)
§ 2 und damit der Antrag Windthorst überhaupt wird hiernach
angenommen.

Es folgt die Beratung über folgenden vom Abg. Adermann
und Genossen gestellten Antrag: den Herrn Reichskanzler zu er-
suchen, ein Gesetz vorzulegen, durch welches aus dem gesammten Ge-
werbestande, unter angemessener Vetheiligung der Innungen, in den
Bundesstaaten, wo sie noch nicht bestehen, Gewerbekammern
eingeführt werden.

Dazu beantragen Dr. Meyer (Sena) und Genossen: den Herrn
Reichskanzler zu ersuchen, ein Gesetz vorzulegen, durch welches aus dem
gesammten Gewerbestande hervorgehende Gewerbekammern eingeführt
werden.

Die Abgeordneten Kayser (Freiburg) und v. Bollmar bean-
tragen folgenden Zusatz zum Antrage Adermann: Den Herrn Reichs-
kanzler weiterhin zu ersuchen, einen Entwurf vorzulegen, wonach aus
dem gesammten Arbeiterstand auf Grund des allgemeinen geheimen
und direkten Wahlrechts Arbeitskammern errichtet werden.

Abg. v. Kleist-Neckow befragt den Antrag Adermann.
In derselben Weise wie das Großkapital und der Handel eine Ver-
tretung in den Handelskammern haben, ebenso müsse dem Handwerk
der Kleinindustrie eine geeignete Vertretung gegeben werden: dies
sollen die Gewerbekammern sein. Eine derartige korporative Vertretung
kann in geeigneter Weise aber doch nur unter Berücksichtigung
der Innungen stehen, in welchem das Gesamtinteresse der Gewerke
doch konzentriert ist. Die Fassung unseres Antrags ist eine derartige,
daß alle Parteien sich dem Antrage anschließen können. Der Antrag
Kayser darf eigentlich mit dem unseren gar nicht verbunden werden, er
will etwas ganz anderes. Und dann — Arbeiter sind auch die Guts-
besitzer und die Künstler, die Professoren und die Zeitungsschreiber —
und das soll Alles in eine korporative Vertretung vereinigt werden?
Das widerspricht völlig dem Zwecke dieser Kammern, welche eine Ver-
trretung sein sollen.

Abg. Richter (Hagen): Es macht einen eigenthümlichen Eindruck,
daß gerade jetzt noch mehr Vertretungen geschaffen werden, wo man
die bestehenden Vertretungen gar nicht beachtet. Da ist jetzt ein tief
in die Interessen des Handels einschneidendes Gesetz an den Bundes-
rath gelangt, die Börsensteuer, ohne daß die Handelskammern befragt
worden sind. Je mehr Vertretungskörper geschaffen werden, desto mehr
wird die eine gegen die andere ausgespielt, desto mehr thut der Reichs-
kanzler, was ihm beliebt. Die freie Vereinbarkeit reicht doch völlig
aus, berechnete Interessen zu vertreten. Man hat den Interessentenkreis
jetzt befragt, ob er für überflüssige Schiffsregelung ist. Sie hat erklärt,
sie lasse sich auf Beratungen nicht ein mit einer Regierung, die den
Handel mit einem Gesetz wie der Börsensteuer bedroht. Würden alle
Korporationen so energig ihre Interessen wahrnehmen, dann würde am
grünen Tische nicht mehr derartig gearbeitet werden. (Beifall links.)
Was will denn nun der Antrag Adermann? Gewerbekammern? Die
bestehen doch schon in vielen Einzelstaaten, in den Pfalzstaaten, in
Bayern. Deshalb will man denn das nicht den Einzelstaaten überlassen?
Vor Allem aber müssen — das gilt dem Antrage Adermann wie dem
Antrage Meyer gegenüber — beratrige Forderungen klar hingestellt werden,
damit man weiß, was eigentlich gemeint ist. Wenn diese Gewerbe-
kammern aber wirklich geschaffen werden, so muß — und ich würde
das eventuell beantragen — auch den Arbeitgebern Aufnahme in dies
selben gewährt werden. Die Konservativen wollen eben immer nur
die Arbeitgeber organisiren, nicht aber die Arbeiter. Und wollen Sie
die Handwerksmeister organisiren, so müssen auch die Gesellen darin
Aufnahme finden. Die konservativ-liberale Gesetzgebung wird nichts
erreichen, als die Arbeiter verbittern. (Beifall links.)

Minister v. Böttcher: Der Herr Vorredner hat davon ge-
sprochen, daß der Herr Reichskanzler die Handelskammern mit Auf-
lösung bedrohe, wenn sie gegen seine Anschauung votiren. Dem
Herrn Reichskanzler unterstehen aber gar nicht die Handelskammern;
wenn dies der preussische Handelsminister meint, so ist zu erwidern,
daß die Handelskammern, denen mit Auflösung gedroht worden, in-
zwischen doch bereits eingesehen haben, daß ihre Voten über ihre
Besugnisse hinausgingen. — Die Versammlung von Industriellen
bezüglich der Exportbank ist nicht von der Regierung berufen worden.
Es ist auch niemals ein Vertretungskörper gegen den andern ausgespielt
worden; Abg. Richter müßte erst den Beweis dafür erbringen. Das
Unfallversicherungsgesetz ist gerade eine Belastung der Arbeitgeber —
quo jure macht den Vorredner der Regierung den Vorwurf, sie be-
rücksichtige die Interessen der Großindustrie auf Kosten der Arbeiter?
— Was nun die Gewerbekammern anbelangt, so hat die preussische Re-
gierung bereits die Vorarbeiten der Errichtung von Gewerbekammern
in Preußen in Angriff genommen. (Beifall rechts.) Es sollen zunächst
Konferenzen der einzelnen Berufsstände stattfinden, aus denen die Ge-
werbekammern hervorgehen sollen. Ob es möglich sein wird, Gewerbe-
kammern zu einer Reichsinstitution zu machen, weiß ich nicht — jeden-
falls steht die preussische Regierung dem Antrage sympathisch gegen-
über. (Beifall rechts.)

Abg. Adermann: Ich ziehe in Folge der soeben gehörten Er-
klärung meinen Antrag zurück.

Abg. Richter (Hagen): Ich nehme den Antrag wieder auf.
(Heiterkeit.)

Abg. Kayser (Soziald.): Wir haben einen Handelsminister,
einen landwirthschaftlichen Minister, aber keinen Arbeiter-Minister.

Gegen die Ausfagung der Arbeiter muß doch endlich etwas geschehen und wir glauben, daß dies in geeigneter Weise durch Arbeiter-Kammern geschehen kann. Abg. Richter hat schon ausgeführt, wie immer nur für die Arbeitgeber, niemals für die Arbeitnehmer korporative Vertretungen geschaffen werden. Herr v. Kleist-Neow muß sich noch erklären, was wir unter Arbeiter verstehen: Arbeiter sind Leute, die von ihrer Hände Arbeit sich ernähren. Ein Rentner, der Zinseinkünfte abnimmt, ist kein Arbeiter und Herr v. Kleist-Neow als Gutbesitzer würde trotz seiner schön klingenden Aeußerung auf der Tribüne in der Gesellschaft doch dagegen protestieren, ein Arbeiter genannt zu werden. Abg. v. Kleist-Neow will bei den Gewerbelämmern die Innungen berücksichtigt sehen — aber gerade die Innungen haben sich stets als die größten Gegner der Arbeiter und der Handwerker gezeigt, sobald es sich irgendwie um Lohnerhöhung handelt. Die Arbeiter haben keine Minister, der ihre Interessen wahrnimmt, sie müssen korporativ vereinigt werden, um ihre Interessen gesichert zu sehen. Bei allen Versammlungen und Kongressen von irgend welchen Interessentengruppen erscheinen hohe Staatsbeamte und beteiligen sich an den Verhandlungen, niemals aber geschieht dies, wenn Arbeiter oder Gewerke sich zur Vertretung ihrer Interessen versammeln. Alle Stände, alle Welt ist organisiert, nur einer Organisation der Arbeiter leistet man noch immer Widerstand.

Das Haus vertagt sich hierauf.

Nächste Sitzung: Freitag.

Tages-Ordnung: Rechnungssachen. Subventionsvorlage für österreichischen Dampfschiffsverkehr, Vorlage betr. Verwendung des Reinertrags aus dem Generalabsatzwerk über den deutsch-französischen Krieg. Schluß 5½ Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

+ Berlin, 11. Juni. Der Gesetz-Antrag des Abg. Windthorst, wegen Aufhebung des Reichsgesetzes vom 4. Mai 1874 wegen unbefugter Ausübung von Kirchenämtern ist in der heutigen Sitzung des Reichstages mit 216 gegen 40 Stimmen der Nationalliberalen und einzelner Konservativen angenommen worden. Die Nothwendigkeit, das Gesetz noch ferner aufrecht zu erhalten, nachzuweisen, wurde vom Bundesrathstisch aus nicht einmal versucht; auch Herr Hobrecht, welcher im Namen der nationalliberalen Partei das Wort nahm, stellte nicht in Abrede, daß das Gesetz, wenn auch einzelne Bestimmungen zur Zeit des Erlasses desselben eine mildere Praxis ermöglicht hätten, bei den heutigen Verhältnissen keine Erleichterung mehr habe. Die Initiative zur Aufhebung desselben sei aber der Regierung zu überlassen. Da Herr Hobrecht einräumt, daß die letzten kirchenpolitischen Novellen, welche gegen die Stimmen der Nationalliberalen zu Stande gekommen sind, das angelegte Ziel, die Herbeiführung des kirchlichen Friedens nicht erreicht haben, da aber die Regierung zeitweise wenigstens ihr wirkliches Ziel, das Zentrum für anderweitige politische Absichten zu engagieren, erreicht hat, so lag der Schluß viel näher, daß keine Partei ein Interesse daran habe, das Expatrationsgesetz als Handelsobjekt für die Regierung befehlen zu lassen. Im Januar 1882, als der Antrag Windthorst zum ersten Mal zur Abstimmung stand, hat ein Theil der Liberalen die Annahme desselben verweigert, weil die preussische Regierung gerade damals eine weitere Revision der Maßregeln in Aussicht gestellt hatte und weil man dieser nicht präjudizieren wollte. Inzwischen sind diese Rücksichten weggefallen, so daß von liberaler Seite ein Widerspruch gegen die Aufhebung des Gesetzes nicht mehr erhoben wurde.

S. Der Kaiser, der sich des allerbesten Wohlseins erfreut, wird nunmehr bestimmt am Freitag, den 13. Abends, seine Badereise nach Ems antreten. Heute (Mittwoch) konferierte der Monarch längere Zeit mit dem Reichskanzler Fürst Bismarck, mit dem er im Beisein des Chefs der Admiralität, General-Lieutenant v. Caprivi, auch gestern Nachmittag nach Aufhebung der Tafel beim Fürsten Bismarck, noch eine lange Unterhaltung hatte. Nach derselben fuhr General v. Caprivi nach Kiel, um sich an Ort und Stelle von der Gavarie zu überzeugen, die S. M. Panzerlanonenboot „Diene“ in der Döise durch Auslaufen auf einen Fels erlitten.

— In Wiesbaden soll, wie man uns schreibt, in nächster Zeit eine Zusammenkunft zwischen unserm Kaiser, dem König und der Königin von Dänemark, dem Könige von Griechenland und dem Prinzen und der Prinzessin von Wales stattfinden.

— Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht heute das Gesetz gegen verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen. Dasselbe trägt das Datum vom 9. Juni 1884.

— Wie verlautet, wird demnächst ein Antrag Sachsens an den Bundesrath gelangen wegen Verlängerung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes über die Stadt Leipzig und den Bezirk der Amtshauptmannschaft Leipzig auf ein Jahr. Die gegenwärtige Frist läuft mit dem 28. d. M. ab.

— Ueber die Verathung des Aktiengesetzes in zweiter Lesung spricht sich die „Prov.-Korr.“ wie folgt aus:

„Bei der sorgfältigen Vorberathung, welche die Vorlage der verbündeten Regierungen durch die berufenen und sachkundigen Vertreter des Reichstags in der Kommission gefunden hat, kann von einer Ueberbahrung, vor welcher ein Reform nicht geneigter Theil der Presse zu warnen sucht, um so weniger die Rede sein, als der dem Bundesrath vorgelegte Entwurf schon im Oktober 1883 durch amtliche Veröffentlichung dem Urtheil der Fachkreise zugänglich gemacht wurde und in Folge dessen einer sehr ergiebigen Erörterung in der Presse, in der Literatur und in den Aeußerungen der Handelskammern unterlegen hat. Vielmehr dürfte, falls die Geschäftslage des Reichstags dem Redebedürfnisse gewisser bisher nicht zum Worte gekommener Abgeordneten Schranken auferlegen sollte, hierin ein geringeres Uebel erblickt werden, als in einer Vertagung des wichtigen und als dringlich erkannten Reformwerkes auf eine ungewisse Zukunft.“

Man muß es, so bemerkt hierzu sehr richtig die „National-Zeitung“, als eine im hohen Grade unpassende und leere Ueberhebung des Regierungsorgans zurückweisen, wenn sich dasselbe, wie hier, gestattet, schon im Voraus die Verhandlungen des Reichstages dieser Art von hässlicher Kritik zu unterziehen. Wir können nicht einsehen, wie gerade ein sich als halbamtlich bezeichnendes Organ dazu berufen ist, die Achtung vor einer wichtigen und grundlegenden Reichseinrichtung außer Augen zu setzen.

— Die „Magd. Ztg.“ schreibt: „In Abgeordnetenkreisen unterhält man sich heute vielfach über die Grundsteinlegungsfeier. Nachträglich wurde bekannt, daß die Vorschläge der Reichstagsbaukommission mancherlei Abänderungen erfahren hatten. Dieselbe hatte u. A. eine Vertretung der Geistlichkeit aller Konfessionen beantragt und ferner den Wunsch ausgesprochen, daß der Oberbürgermeister der Stadt Berlin in deren Namen eine Ansprache halten sollte und dergleichen mehr. Alle diese Vorschläge wurden einfach gestrichen.“

Karlruhe, 11. Juni. Der zweiten Kammer zeigte Staatsminister Turban, in Beantwortung der gestrigen Anfrage über die Stellung der Regierung zu der Frage der Abänderung des Nahrungsmittelgesetzes, schriftlich an, daß der Regierung keine Mittheilungen über die Ergebnisse der Verathungen der Sachverständigen-Kommission vorlägen, ihr auch nichts von den Vorschlägen derselben an den Bundesrath bekannt sei. Sie sei deshalb nicht in die Lage gekommen, über ihre Stellungnahme im Bundesrath zu dieser Frage schlüssig zu werden und der Staatsminister sei außer Stande, die gestrige Interpellation zu beantworten.

Wien, 9. Juni. Der ungarische Wahlkampf ist zu einem förmlichen Bürgerkrieg ausgeartet. Bis jetzt zählt man offiziell 21 Tödt, über die Verwundeten giebt es gar keine Ziffern und die eigentlichen Wahlen fangen erst Ende der Woche an! Von dort ab sind die Ereignisse ganz und gar nicht mehr zu berechnen. Die Parteilichkeit ist auf den höchsten Punkt gestiegen, und mit Recht schreibt man der wüthen Agitation die Schuld zu, daß diese Greuel inszenirt werden; andererseits giebt es sich, zu konstatiren, daß es ganz und gar der jämmerlichen, von Tisza in Schutz genommenen Komitatsverwaltung zuzuschreiben ist, wenn dieselben nicht verhindert oder unterdrückt werden können. Tisza hat noch einmal ein bewegliches Schreiben an die Municipien, d. h. an die autonomen Verwaltungen der Komitate, Freistädte und Städtchen gerichtet, in welchem er ihnen die strenge Handhabung des Gesetzes gegen alle Arten von Agitationen anempfiehlt, als ob nicht eben die Municipalmagistrate selbst, von den Parteien des Komitats gewählt, die Herde der Agitation wären.

Paris, 9. Juni. Die „Rép. franc.“ bringt in Sachen der bevorstehenden Abänderung des ägyptischen Liquidationsgesetzes folgende Note:

Im Jahre 1877 kaufte die englische Regierung von dem Khedive 176 000 Suezkanal-Aktien, für welche der Khedive im Interesse der Vollendung des Kanals und der Möglichkeit einer neuen Anleihe bis 1894 auf jede Dividende verzichtet hatte. Der Ankaufspreis betrug 4 Millionen Fd. St., 200 Millionen Francs, was die Actie auf 568 Francs ansetzte. Rechnet man die Zinsen und Zinseszinsen von 1877 bis 1894 hinzu, so steigt sie auf 940 Francs. Die Suez-Aktien gelten heute über 2000 Francs. Die englische Regierung gewinnt auf diese Weise 100 Prozent. Damit noch nicht zufrieden, läßt sie sich von Egypten seit 1877 5 Prozent Zinsen für den Verkaufspreis von 200 Millionen bezahlen, während sie für die Anleihe, welche sie deshalb aufnahm, nur 3 Prozent bezahlt. Hieraus entspringt ein jährlicher Gewinn von 4 Millionen. Dies scheint uns ein um so größerer Mißbrauch zu sein, als die unisirten ägyptischen Obligationen von 7 auf 6 Prozent und neuerlich auf 4 Prozent herabgesetzt worden sind. Es scheint uns nicht billig, daß das Publikum drei Siebentel seines Einkommens einbüßen soll, während die englische Regierung nicht nur 10 Prozent auf dem Kapital gewinnt, sondern in 17 Jahren noch 85 Millionen Zinsen einnehmen wird. Könnte die englische Regierung nicht auf zehn mal fünf Millionen verzichten, die ihr bis 1894 an Zinsen noch eingehen sollen? Dies wäre sicherlich ein Mittel, die in Egypten nöthig gewordenen Finanzoperationen zu erleichtern.

Der Marineminister hat vom General Millot eine Riste mit zehn bei Vancinsh erbeuteten Fahnen erhalten. Die eine derselben, die Flagge des chinesischen Generalissimus, wehte auf dem Thurm der Citadelle von Vancinsh; sie ist von gelber Seide, mit violetter Einfassung, an einer Stange von Bambus befestigt und mißt nicht weniger als fünf Meter. Eine andere ist ganz schwarz mit weißen Schriftzeichen. Die anderen sind von verschiedenen Farben in Seide, Baumwolle oder englischem Flaggentuch. Fast alle haben Schäfte von Bambus mit einer eisernen Spitze am unteren Ende. Die Fahnen werden im Invalidenhotel aufgehängt werden.

Dem Vernehmen nach hat der Kriegsminister, General Camponon, die Generale de Miribel, L'Hôte und Gaurion zu Chefs der verschiedenen militärischen Missionen ernannt, welche seitens Frankreichs zu den großen Manövern in Rußland, Oesterreich und Deutschland entsendet werden sollen.

Brüssel, 11. Juni. Der Sieg der Liberalen bei den belgischen Wahlen wird unzweifelhaft den Sturz des liberalen Regimes zur Folge haben. Die Regierung ist übrigens, in richtiger Erkenntnis der Lage, entschlossen, zurückzutreten; das Demissionsgesuch des Ministeriums sollte dem Könige im Laufe des heutigen Tages zugehen. — In kirchlichen Kreisen herrscht natürlich große Freude. Die Berliner „Germania“ schreibt triumphirend: „Das liberale Ministerium ist gestürzt, das Land hat die Tyrannei der Loge abgeschüttelt.“

Rom, 10. Juni. In der Sitzung des Senats legte der Minister der Auswärtigen, Mancini, den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit in Tunis und die internationale Konvention zum Schutze des industriellen Eigenthums vor. — In der Sitzung der Deputirtenkammer erklärte der Minister Mancini in Beantwortung einer beglücklichen Interpellation, daß die sanitären Zustände in Egypten zu keinen Verbesserungen Anlaß gäben. Gegen die Cholera in Indien seien die erforderlichen Maßnahmen von Seiten der Regierung ergriffen. Der Minister spricht die Hoffnung aus, daß die Konferenz eine neue Sanitätskonvention ausarbeiten werde. Gegenwärtig werde die 1866 gekündigte Konvention vom Jahre 1852 mit einigen Modifikationen angewendet.

Konstantinopel, 11. Juni. (Telegramm des „Reuter'schen Bureaus“.) Die Pforte lehnt es ab, die Konferenz zu beschicken, sofern nicht die ganze ägyptische Frage auf derselben berathen werde oder sofern nicht vorher ein Einvernehmen über die ägyptische Frage zwischen England und der Türkei erfolge.

Sofia, 10. Juni. Der diplomatische Agent Serbiens hat

in Folge des serbisch-bulgarischen Konfliktes Sofia heute Vormittag verlassen; sein Sekretär ist hier zurückgeblieben. — Uebrigens sind die Großmächte dazwischen getreten, um den serbisch-bulgarischen Frosch-Mäusekrieg zu beschwören. Auf Oesterreichs Anregung wird, einem Wiener Telegramm des „B. Z.“ zufolge, unter den Großmächten ein Vörendaustausch über die Maßnahmen betreffs des Grenzkonfliktes stattfinden. Wahrscheinlich werden die Großmächte einen Kollektivschritt in Belgrad und Sofia unternehmen und beide Regierungen auffordern, sich der Vermittlung zu unterwerfen und den Grenzstreit durch eine internationale Kommission regeln zu lassen. Vorausichtlich werden beide Streitenden dieser großmächlichen Aufforderung entsprechen.

Locales und Provinzielles.

Posen, 12. Juni.

d. Der Kaufmann Kas. Liszkowski, ein in polnischen und deutschen Kreisen unserer Stadt allgemein geachteter Mann, wurde gestern in seinem Geschäftslokale (Rodenwaaren-Geschäfte) in der Wilhelmstraße von einem Schlaganfall betroffen, der seinem Leben im Alter von 62 Jahren ein Ende machte.

1. Gemeinsame Ortskrankenkasse. Für die neu zu errichtende gemeinsame Ortskrankenkasse Nr. 3, welcher die Fabrik- und Maschinenbauarbeiter, Graveure, Arbeiter für Gas- und Wasseranlagen, Instrumentenbauer, Mechaniker, Optiker, Verfertiger von Signal- und Beleuchtungsapparaten, Stellmacher, Uhrmacher, Wagenbauer, ferner Buchbinder, Geber, Lederzuriater, Riemen, Sattler, Tapezierer und Treibriemenfabrikanten angehören sollen, stand am 9. d. M. Nachmittags 3 Uhr im Handelskaale Termin zur Wahl von 7 Vertretern, mit welchen das Kassensstatut zu berathen ist, an. Erschienen waren 41 Personen; diese wählten den Sattlermeister und Wagenbauer Solawiecki, Sattlergehilfen Stanislaus Orwat, Tapezierer Engelmann, Uhrmacher Finkel, Stellmachermeister Kernchen, Buchbindermeister Schiller und den Buchbindergehilfen Schulz zu Vertretern. — Zu gleichem Zwecke stand um 4 Uhr Termin zur Wahl von 7 Vertretern für die gemeinsame Ortskrankenkasse Nr. 4, welcher die Böttcherei, Spiritfabrikation, Bierdepots, Brauerei, Destillation, Eisfabrikation, Fischerei und Fischräucherei, Gärtner, Gastwirtschaft, Hotelbetrieb, Licht- und Seifenfabrikation, Molkerei, Mülerei, Mineralwasser-Fabrikation, Del-Fabrikation, Preßbrenn-Fabrikation, Restaurationen, Tabak-Fabrikation, die Weinhandlungsarbeiter und die in der Zuckerfabrikation Beschäftigten angehören, an. Dagegen diese Kasse von allen die größte Zahl der Versicherungspflichtigen haben wird, waren nur sehr wenige Wahlberechtigte erschienen. Gewählt wurden als Vertreter: Tabakfabrikant Paul Benzke, Hotelier Fritz Bremer, Kaufmann und Restaurateur Dümke, Kaufmann Max Kantorowicz für Destillation, Fabrikbesitzer Salo Hefner, Brauereibesitzer Julius Dugger und Böttchergehilfe Wienert. — Um 5 Uhr fand die Wahl der Vertreter für die gemeinsame Ortskrankenkasse Nr. 5 statt, welcher die Versicherungspflichtigen der Gemarkung für Beleuchtung und Reinigung, wie Appreteure, Bandagisten, Barbier, Blumenfabrikation, Bürstenmacher, Korbmacher, Färber, Friseur, Handschuhmacher, Gutmacher, Kammacher, Rohrflechter, Korbmacher, Korbschneider, Kürschner, Löffelschneider, Lohndiener, Mägenmacher, Pantoffelmacher, Portiers, Posamentierer, Putzmacher und Putzmacherinnen, Seiler, Strumpfweber, Tuchmacher und Tuchbereiter, Wäscheanstalten, Wäscheabfabrikation, Weberei, Wärrer und Wärrerinnen in Anstalten zugetheilt sind. Erschienen waren 32 Personen und wählten durch Stimmenmehrheit folgende Herren zu Vertretern: Barbier Preß, Barbiergehilfe Weidemeier, Kürschnergehilfe Sominski, Handschuhmachermeister Emil Demle, Korbmachermeister Karger, Korbmachergehilfe Weisner und den Gutfabrikanten Ziegler. — Ferner fand Abends 6 Uhr die Wahl der Vertreter für die gemeinsame Ortskrankenkasse Nr. 6, der die Versicherungspflichtigen aus den Gewerken der Anstreicher, Maler, Lackirer, Bergolder, Studateure, Holzschlabbauer und Photographen angehören, statt. Erschienen waren etwa 30 Personen. Gewählt wurden: Malermeister Buschel, Edmund Hoffmann, Malergehilfe Schulz, Bergolder Schlödt, Photograph Wechsel, Lackirergehilfe Robert Reichelt und Studateur Magini.

r. Zum Wollmarkte, welcher heute begonnen hat, waren bis gestern Abend 18 040 Str. Wolle, gegen 15 285 Str. im Vorjahr, angefahren; die Zufuhr betrug also bis zum Vorabend vor dem Wollmarkte in diesem Jahre 2755 Str. mehr, als im Vorjahr.

Bojanowo, 11. Juni. [Aus dem Zuchthause entlassen.] Der Stellmacher Niepel von hier, der Urheber des großen Brandes, welcher am 12. August 1857 fast unsere ganze Stadt in Asche legte, wobei auch mehrere Menschen das Leben einbüßten, wurde bekanntlich vom Schwurgerichte zum Tode verurtheilt, diese Strafe jedoch durch die Gnade des Königs in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Jetzt, nach 27jähriger Gefangenschaft, ist Niepel wegen guter Führung gänzlich begnadigt und aus der Haft entlassen worden. Der Begnadigte ist heute noch thätig.

Wollmarktbericht.

H.M. Posen, 12. Juni, Vormittags 8 Uhr. Der Markt begann mit guter Kauflust für seine Wolle, welche 9—12 Mark, vereinzelt bis 15 Mark gegen das Vorjahr höhere Preise erzielte. Für mittlere Sorten wurden bei schleppendem Geschäftsgange vorjährige Preise, und bei guter Beschaffenheit einige Mark mehr bezahlt. Geringe Sorten sind schwer verkäuflich. Bis jetzt dürfte von der Zufuhr von ca. 18 000 Zentner etwa der dritte Theil verkauft sein. Hauptächlich sind rheinländische Fabrikanten und Händler Käufer, während die anderen hier anwesenden Fabrikanten nur zögernd an das Geschäft gehen; die hiesigen, Breslauer und Berliner Händler verhalten sich vorläufig meistens noch passiv. Ausländer scheinen nicht am Markte zu sein.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Frankfurt a. M., 11. Juni. Der „Frankfurter Ztg.“ wird aus Boston gemeldet, daß der Verwaltungsrath der Union-Pazifik Bahn definitiv beschlossen habe, die im Juli fällige Quartals-Dividende von 1½ pSt. nicht zur Verteilung zu bringen.

** Wien, 11. Juni. Nach den bei der Bodenreditanstalt eingelaufenen Meldungen sind die zur Subskription aufgelegten Salzkammern mit Prioritäten mehr als doppelt gezeichnet worden. — Die Nationalbank hat den Zinsscoupon auf 18 fl. festgesetzt.

** Wien, 11. Juni. Nach einem Communiqué der österreichischen Kreditanstalt sind die Verathungen wegen der Beendigung der Konversion der 6prozentigen ungarischen Goldrente unter vollständiger Einigung der anwesenden Theilnehmten über die Modalität

*) In Folge eines Verlebens ist der Bericht über die am 10. d. stattgefundene Versammlung betreffs der Ortskrankenkasse Nr. 7 früher zum Abdruck gekommen als der Obige.

liten heute zu Ende geführt worden. Das Resultat der Beratungen soll unverweilt den auswärtigen Mitgliedern des Konfortiums mitgeteilt werden. Baron Albert v. Rothschild begibt sich morgen nach Paris. — Von Seiten der Böhmischen Westbahn ist der Regierung ein Projekt wegen Konvertierung der Prioritäten zur Genehmigung vorgelegt worden.

Petersburg, 11. Juni. Für die heute stattfindende Vollausschreibung von Zeichnungen auf die letzte russische Anleihe ist der Kurs von 1. Pf. Sterl. auf 9 Rubel 96 Kopeken festgestellt.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 11. Juni. Der Kaiser stieg heute Nachmittag bei der Großherzogin Sophie von Sachsen-Weimar, welche seit einigen Tagen hier weilte, in der Villa des Prinzen Reuß einen längeren Besuch ab.

Wien, 11. Juni. Der ehemalige General-Adjutant des Kaisers, Graf Grünne, erlitt gestern in Baden einen Schlaganfall, welcher eine Lähmung der linken Körperhälfte zur Folge hatte. Der Zustand des Patienten flößt bei dem hohen Alter desselben Besorgnis ein.

Agram, 11. Juni. Im kroatischen Landtage erklärte der Abg. Starevic, die Gerüchte über eine von ihm geleistete Abhilfe beruheten auf Erfindung; er habe Niemand etwas abzubitten, da er nur die Wahrheit gesagt habe. Der Präsident entzog ihm schließlich das Wort.

Paris, 11. Juni. Das Evolutionsgeschwader hat heute Mers-el-Kebir verlassen, um nach Tanger zu segeln. — Drei Bataillone von dem Expeditionskorps in Tonkin erhielten Ordre nach Frankreich zurückzukehren.

London, 10. Juni. Im Unterhause beantragte bei der Einzelberatung der Reformbill der Deputierte Woodall ein Amendement zu Gunsten des Stimmrechts der Frauen. Der Premier Gladstone bekämpfte dieses Amendement und erklärte, diese Frage sei separat und sehr sorgfältig zu prüfen. Die Regierung müsse die Verantwortlichkeit für die Bill ablehnen, falls das Amendement Woodall angenommen werden sollte. Die Fortsetzung der Debatte wurde auf nächsten Donnerstag vertagt.

Misch, 11. Juni. Die Stupschina hat die in Rjazewac vorgenommene Wahl für ungültig, die übrigen Nachwahlen aber für gültig erklärt.

Rom, 11. Juni. Mancini beantwortet in der Kammer die Interpellation Camporeale wegen Marokko's, indem er ausführt: Italien habe bezüglich Marokko's neben anderen positiven, ein negatives wichtiges Interesse, nämlich: die Bildung eines ausgebeugten afrikanischen Reiches zu verhindern, welches das Gleichgewicht der Kräfte am Mittelmeer zerstören und die territoriale Sicherheit Italiens gefährden würde. Italien habe wegen der Haltung Ordegas, des französischen Gesandten in Marokko, den Kabinet in Madrid, London und Berlin Mittheilungen gemacht, zugleich auch freundschaftliche, aber eindringliche Schritte in Paris gethan, und um die Mittheilung der Absichten Frankreichs bezüglich Marokkos ersucht; das französische Kabinet habe Italien, England und Spanien die bündigen Versicherungen gegeben, der territoriale und politische status quo Marokkos werde nicht geändert werden, außerdem seien befriedigende Erklärungen über das Verfahren Ordegas in Aussicht gestellt. Es wäre ein Mangel an internationaler Rücksicht, anzunehmen, die Regierung einer großen und edlen Nation sei fähig, eine solche Sprache zu führen, um die Wachsamkeit anderer Mächte einzuschläfern. Wegen des vertraulichen Charakters des Meinungsaustrausches mit den andern Mächten könne der Minister darüber in der Kammer nicht sprechen. Er hoffe indessen, die Kammer sei überzeugt, daß die Bestrebungen der Regierung nach dem Maße der Kräfte Italiens, jede drohende ruhestörende Neuerung in dem benachbarten Mittelmeerraum zu verhindern bezweckten.

Genua, 12. Juni. In der letzten Nacht explodierten zwei Dynamitpatronen vor der Empfangniskirche, eine dritte neben der Kathedrale San Lorenzo. Der angerichtete Schaden ist unbedeutend, Menschenverlust ist nicht vorhanden.

Misch, 11. Juni. Der diplomatische Agent Simic ist aus Sofia hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduc. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
11. Nachm. 2	755,5	WS schwach	halbbeiter	+21,4
11. Abnds. 10	757,3	WS mäßig	better	+16,1
12. Morgs. 6	757,6	N mäßig	better	+14,2

Am 11. Wärme-Maximum: +23°6 Cels.

Wärme-Minimum: +10°1

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 11. Juni Morgens 0,72 Meter.
" 11. " Mittags 0,72
" 12. " Morgens 0,70

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 11. Juni. (Schluß-Course.) Fest, still.
Lond. Wechsel 20,467. Pariser do. 81,15. Wiener do. 167,50. R.-M. C.-M. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 109½. R.-M.-Pr.-Anst. 126½. Reichsanl. 103½. Reichsbank 146½. Darmst. 151½. Meining. St. 94½. Deut.-ung. Bank 716,25. Kreditaktien 257. Silberrente 67½. Papierrente 67½. Goldrente 85½. Ung. Goldrente 76½. 1860er Rente 120½. 1864er Rente 308,80. Ung. Staatsl. 221,00. do. Oest.-Oest. II. —. Böhm. Westbahn 261½. Elisabethb. —. Nordwestbahn 150½. Galizier 239½. Franzosen 266½. Lombarden 127½. Italiener 96½. 1877er Rente 94½. 1880er Rente 76. II. Orientanl. 59½. Rentz.-Anst. —. Disconto-Kommandit —. III. Orientanl. 59. Wiener Bankverein 89½. 5% Österreichische Papierrente —. Buschierader —. Euphrat 62½. Gotthardbahn 106½. Türlen 8½. Südb.-Böhm. 162½. Tabakaktien —. Spanier ext. 61½.
Central Pacific 108½. Denver u. Rio grande I. M. 93. Chicago Milwaukee 112½.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 257½. Franzosen 266½. Ca-

lizer 239½. Lombarden 127½. III. Orientanl. —. III. Orientanl. —. Euphrat 62½. Gotthardbahn —. Spanier neue —. Marienburg-Klause —.

Frankfurt a. M., 11. Juni. Effekten-Sozietät. (Schluß.) Kreditaktien 257½. Franzosen —. Lombarden —. Galizier 239½. Euphrat 61½. 4proz. ungar. Goldrente —. 1880er Rente —. Gotthardbahn 106½. Tabakaktien —. Marienburger —. Dresdener Bank —. Disconto-Kommandit 198½. Werrabahn —. Rubig.

Wien, 11. Juni. (Schluß-Course.) Still.
Papierrente 80,57½. Silberrente 95,85. Oesterr. Goldrente 101,80. 6proz. ungarische Goldrente 122,70. 4proz. ungar. Goldrente 91,72½. 5proz. ungar. Papierrente 88,75. 1864er Rente 124,75. 1860er Rente 135,25. 1864er Rente 169,50. Kreditloose 176,25. ungar. Prämien 115,50. Kreditaktien 305,90. Franzosen 316,80. Lombarden 151,00. Galizier 286,00. Rasch.-Oest. 148,75. Nordwestbahn 151,00. Nordwestbahn 179,00. Elisabethbahn 235,00. Nordbahn 2520,00. Oesterr.-Ung.-Bank —. Türkische Rente —. Unionbank 105,80. Analo-Austr. 110,75. Wiener Bankverein 106,75. Ungar. Kredit 306,75. Deutsche Plätze 59,60. Londoner Wechsel 122,10. Pariser do. 48,40. Amsterdamer do. 100,50. Napoleons 9,68. Dufaten 5,74. Silber 100,00. Karntnoten 59,60. Russische Banknoten 1,22½. Bemberg-Germont —. Kronpr.-Rudolf 180,25. Franz-Josef —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westb. —. Elbthalb. 185,25. Tramway 220,50. Buschierader —. Oesterr. 6proz. Papier 81,40. Tabakaktien —.

Nachbörse: Ungarische Kreditaktien 307,75. österreichische Kreditaktien 307,20. Franzosen —. Lombarden —. Oesterr. Goldrente —. Elbthalbahn —. Unionbank —.

Produkten-Course.

Böln, 11. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 18,75. fremder 19,50. per Juli 17,80. per Novbr. 18,30. Roggen loco hiesiger 15,50. per Juli 14,60. per Novbr. 14,75. Hafer loco 16,50. Rübsöl loco 29,60. pr. Oktbr. 29,00.

Bremen, 11. Juni. Petroleum (Schlußbericht) niedriger. Standard white loco 7,40. per Juli 7,50. per August 7,60. per Aug.-Dezbr. 7,85. Alles Brief.

Hamburg, 11. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen loco und auf Termine rubig, per Juni-Juli 170,00 Br., 169,00 Br., per Juli-August 172,00 Br., 171,00 Br. Roggen loco fest, auf Termine rubig, per Juni-Juli 134,00 Br., 133,00 Br., per Juli-August 133,00 Br., 132,00 Br. Hafer fest. Gerste flau. Rübsöl rubig, loco 57½, per Oktober 56½. Spiritus unver., per Juni 41½ Br., per Juli-Aug. 42½ Br., per Aug.-Septbr. 43½ Br., per Septbr.-Oktober 43½ Br. Raffee fest, Umsatz 6000 Sad. — Petroleum rubig, Standard white loco 7,60 Br., 7,50 Br., per Juli 7,55 Br., per August-Dezbr. 7,80 Br. — Wetter: Bewölkt.

Wien, 11. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 9,75 Br., 9,80 Br., per Herbst 10,12 Br., 10,17 Br. Roggen per Juni 8,30 Br., 8,35 Br., per Herbst 8,30 Br., 8,35 Br. Raps per Juni 6,93 Br., 6,98 Br., per Septbr.-Oktober 7,15 Br., 7,20 Br. Hafer per Juni 8,35 Br., 8,40 Br., pr. Herbst 7,12 Br., 7,17 Br.

Amsterdam, 11. Juni. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen auf Termine unver., pr. November 243, per April —. Roggen loco und auf Termine unver., pr. Oktober 166. Raps per Herbst — fl. Rübsöl loco 35, per Herbst 31½.

Antwerpen, 10. Juni. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer b-behauptet. Gerste rubig.

London, 11. Juni. An der Riste angeboten 8 Weizenladungen. Wetter: Schön.

London, 11. Juni. Savannazuder Nr. 12 16 nominell, Rüben-Rohzucker 13½, sehr flau, Centrifugal Ruba —.

London, 11. Juni. Bei der gestrigen Wollauktion waren Preise fest.

London, 11. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letzten Montag: Weizen 35 540, Gerste 20 970, Hafer 44 280 Orts.

Weizen rubig, unverändert, angekommene Ladungen stetig, Mehl flau, feiner Hafer fest, ordinärer matt, Mais ½ fl. billiger. Andere Artikel stetig.

Marktpreise in Breslau am 11. Juni.

Festsetzungen der städtischen Markt Deputation.		gute		mittlere		geringe	
		Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	pro	20 10	19 10	17 90	17 70	16 70	16 40
do. gelber	pro	18 30	17 40	16 90	16 40	15 90	15 40
Roggen	100	15 70	15 50	14 80	14 50	14 30	14 10
Gerste	100	16 —	14 80	14 20	14 —	13 70	13 20
Hafer	Kilog.	15 90	15 70	15 50	15 20	14 80	14 50
Erbsen	Kilog.	19 —	18 —	17 50	16 50	16 —	15 50

Kartoffeln, pro 50 Kgr. 3,20—3,25—3,30—3,75 Mark, pro 100 Kgr. 6—6,50—7—7,50 Mark. pro 2 Liter 0,12—0,13—0,14—0,15 Mark. — Heu, per 50 Kgr. 3,20—3,50 Mark. — Stroh, per Schock à 600 Kgr. 23,00—25,00 Mark.

Breslau, 11. Juni. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen (per 1000 Kilogr.) wenig veränd. Gefündigt — Centner. Abgelaufene Rindungsscheine —, per Juni 152,00 Br., per Juli 152 Br., per Juli-August 151,50—151 bez., per August-Septbr. 150 Br., per Sept.-Okt. 150—149,50 bez., per Oktober-Nov. 148,50 Br. — Weizen Gef. — Centner, per Juni 186 Br. — Hafer Gefündigt — Centner, per Juni 146 Br., per Juli-August 146 Br. — Raps Gefündigt — Centner, per September-Oktober 240 Br. — Rübsöl unverändert. Loco 60,00 Br., per Juni 58 nominell, per Juni-Juli 56 Br., per September-Oktober 55,00 Br. — Spiritus matter. Gefündigt 30,000 Liter, per Juni 51,10 bez., per Juli-August 51,10 bez., per Juli-August 51,30 bez., per August-September 51,70 Br., per September-Oktober 50,50 Br., per Oktober-November 49,50 Br. Br., per Novbr.-Dezbr. — Zint (per 50 Kilogr.) ohne Umsatz. Die Börsen-Kommission.

Stettin, 11. Juni. [An der Börse.] Wetter: Leicht bewölkt. + 17° Reaumur. Barometer 28,2. Wind: West.

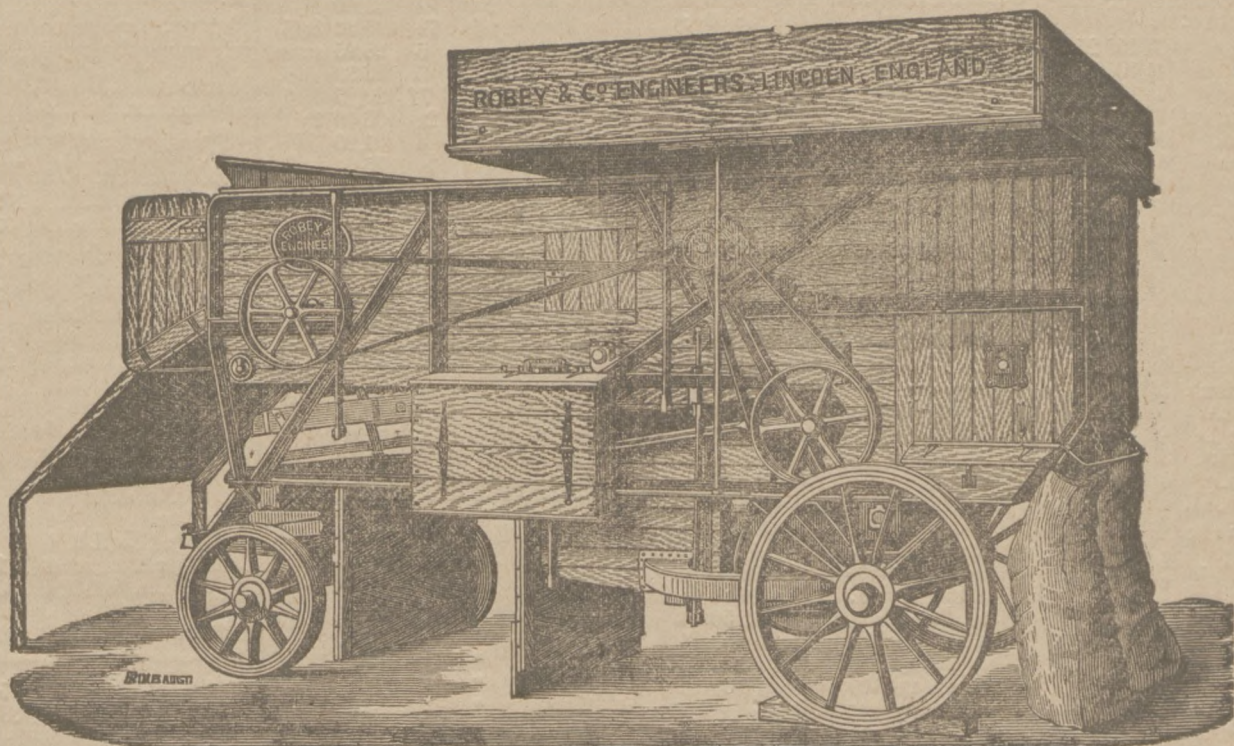
Weizen matter, per 1000 Kilogramm loco gelber und weißer 161—179 M., per Juni und Juli 175,5 M. bez., per Juli-August 176,5 M. bez., per September-Oktober 179 Mark bez., per Oktober-November do. — Roggen matter, 1000 Kilogramm loco inländischer 139—147 M., russischer 145—150 Mark, per Juni 143 M. G., per Juni-Juli 143—142,5—143,75 M. bez., per Juli-August 142,5 M. bez., per August-September 143—142—142,5 M. bez., per Oktober-November 142,5 M. bez. — Gerste und Erbsen ohne Handel. — Hafer matter, per 100 Kilogramm loco 138—155 M. bez. — Winterfrühe ohne Handel. — Rübsöl unverändert, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 57 M. Br., per Juni 55,5 M. Br., per September-Oktober 54,25 M. Br. — Spiritus rubig, per 10,000 Liter loco ohne Faß 51,4 Mark bez., per Juni und Juli 52,1 bis 52 M. bez., 52,1 Mark Br. u. Gd., per Juli-August 52,3 M. Br. u. Gd., per August-September 52,5 M. bez., 52,6 M. Br. u. Gd., per September-Oktober 51,5 M. Br. u. Gd. — Angemeldet — Str. Weizen, 2000 Str. Roggen, 30 000 Str. Spiritus. — Regulirungspreise: Weizen 175,5 M., Roggen 143 M., Rübsöl 55,5 M., Spiritus 52,1 M. — Petroleum loco 7,9 M. trans. bez., Regulirungspreis 7,9 M. trans., alte Ufange 8,15 M. trans. bez.

Heutiger Landmarkt: Weizen 176—183 M., Roggen 146—152 M., Gerste 137—149 Mark, Hafer 150—162 Mark, Erbsen 170—200 M., Kartoffeln 46—50 Mark, Heu 2,25—2,75 Mark, Stroh 27—30 Mark. (Dittke-Bta.)

Specialität: Complete englische Dreschsätze, Dreschmaschinen mit Patent-Eisenrahmen,

gebaut von

Robey & Comp.



Vertreter: **Adolf Thiel**, Bromberg,

Comtoir: Neuer Markt 1.

Lager: Neuer Markt Nr. 6, Bahnhofstrasse No. 6, sowie

in **Danzig**: Mattenbuden No. 30, bei Herrn **Paul Ressler**.

P. S. Die Maschinen sind während des Wollmarktes auf dem Kanonenplatz ausgestellt.

(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loco 165—204 M. nach Qualität, gelbe Lieferungsqualität 170 M., per diesen Monat —, per Juni-Juli — M., per Juli-August 172,25—172,2 bez., per August —

per Septbr.-Oktober — M. Gekündigt — Ctr., Kündigungspreis
— M. Durchschnittspreis — M.
Trockene Kartoffelsäcke per 100 Kilogramm brutto incl.

per August-September 52,4-52,5-52,3-52,4 bez., per September-
Oktober 51,6 bis 51,7 bis 51,4 bis 51,5 bez., per Oktober-November
50,9-50,8-50,9 bez., per November-Dezember 50,2-49,9 bez. Ge-
lündigt 20.000 Liter. Rindungspreis 52 M.

Umrechnungssätze: 1 Dollar = 4,25 Mark, 100 Franken = 1 M.

Deutsche und preussische Staatsfonds zeigten bei ruhiger Haltung normales Geschäft. Von inländischen Prioritäten waren 4prozentige Titres wiederum bevorzugt.

Recht reger Umläufe erzielte sich das Gebiet der inländischen Bahnen, es waren hauptsächlich Ostpreußen und Lübeck-Büchener, die im Kurse profitiren konnten. — Mecklenburger und Marienburg-Mlawka stiller, aber in fester Haltung.

Umrrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franken = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden jüdd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark.
1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

[illegible]